



REPUBLIK ÖSTERREICH
HUBERT GORBACH
VIZEKANZLER
Bundesminister
für Verkehr, Innovation und Technologie

XXII. GP.-NR

3290 /AB

2005 -09- 08

GZ. BMVIT-12.000/0009-I/CS3/2005 DVR:0000175

zu 3331/J

An den
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Andreas Khol

Parlament
1017 Wien

Wien, 7. September 2005

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 3331/J-NR/2005 betreffend Fernmeldegebührenordnung, die die Abgeordneten Silhavy und GenossInnen am 8. Juli 2005 an mich gerichtet haben, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Zu Ihren Fragen 1 bis 5:

Wurde von Seiten der Frau Landeshauptmann Klasnic mit Ihnen, sehr geehrter Herr Minister, Kontakt aufgenommen, um diese Problematik zu erörtern?

Wenn ja, erfolgte dieser Kontakt telefonisch oder über ein persönliches Treffen?

Wenn ja, wie oft und wo fand ein Treffen in dieser Causa statt?

Wer nahm an diesen Treffen teil?

Was war das Ergebnis bzw. Zwischenergebnis der Treffen?

darf ich Ihnen mitteilen, dass die Vollzugskompetenz für die Angelegenheiten der Befreiung von den Rundfunkgebühren beim Herrn Bundesminister für Finanzen liegen.
Siehe insbesondere § 9 Abs. 1 des Rundfunkgebührengesetzes - RGG, BGBl. 159/1999.

Mit freundlichen Grüßen